

# Die dicke Fassade der Zivilisation: Politische Ordnung, soziale Normen und Gewalt

Daniel Lambach  
German Institute of Global and Area Studies, Hamburg<sup>1</sup>

Papier für den Workshop des AK Theorie der AFK,  
Loccum, 5.-7. Juli 2007

Version 1.0, 7. Juni 2007

**Abstract** Innerstaatliche Gewalt wurde in den 1990er Jahren bevorzugt durch irrationale Gewaltneigung, ethnische Konflikte oder ökonomisches Gewinnstreben erklärt. Jedoch ist keine dieser Theorien in der Lage, Bürgerkriege umfassend zu erklären. Gemeinsam ist diesen Theorien jedoch, dass sie den Staat als unabdingbare Instanz zur Garantie einer freidlichen Ordnung ansehen. Dieses Papier geht der Frage nach, ob diese Identifikation des Staates mit Frieden empirisch und theoretisch zulässig ist und welches Menschenbild dieser These zugrundeliegt. Zu diesem Zweck werden die Beziehungen zwischen politischer Ordnung, sozialer Normen und Gewalt genauer untersucht. Dabei wird ein typologisches Modell entwickelt, das grobe Vorhersagen über die Gewaltträchtigkeit unterschiedlicher gesellschaftlich-politischer Formationen ermöglicht.

---

<sup>1</sup> Senior Researcher, German Institute of Global and Area Studies (GIGA), Institut für Afrika-Studien, Neuer Jungfernstieg 21, D-20354 Hamburg, Tel.: 040-42825 523, email: lambach@giga-hamburg.de

„Civilization [...] has spread a veneer over the surface of the softshelled animal known as man. It is a very thin veneer; but so wonderfully is man constituted that he squirms on his bit of achievement and believes he is garbed in armor-plate. Yet man to-day is the same man that drank from his enemy's skull in the dark German forests, that sacked cities, and stole his women from neighboring clans like any howling aborigine.“

Jack London, *The Somnambulists*, 13. Juni 1906

„Hereby it is manifest that during the time men live without a common power to keep them all in awe, they are in that condition which is called war; and such a war as is of every man against every man. [...] In such condition, there is no place for industry, because the fruit thereof is uncertain: and consequently no culture of the earth; no navigation, nor use of the commodities that may be imported by sea; no commodious building; no instruments of moving and removing such things as require much force; no knowledge of the face of the earth; no account of time; no arts; no letters; no society; and which is worst of all, continual fear, and danger of violent death; and the life of man, solitary, poor, nasty, brutish, and short.“

Thomas Hobbes (1651), Kap. XIII, Verse 8-9

## EINLEITUNG

Die einleitenden Zitate vermitteln ein düsteres Bild der menschlichen Natur: Ist der Mensch nicht durch politische Herrschaft gezähmt, streift er die ‚dünne Fassade der Zivilisation‘ ab und wird zum gewalttätigen Tier. *Homo hominem lupus est* – der Mensch ist des Menschen Wolf. Diese These hat tiefe literarische Wurzeln, die auf J.G. Frazer, Jack London und Edgar Rice Burroughs, den Schöpfer der Tarzan-Romane zurückgehen (Adams 1998). Sie wirkt heute archaisch und auf wenige Kulturpessimisten reduziert, dennoch findet sie sich implizit auch in der aktuellen Bürgerkriegsforschung wieder, wo unterschiedliche Theorien behaupten, der Mensch greife aufgrund verschiedener, ihm innewohnender Eigenschaften zu Gewalt.<sup>2</sup>

Dieses Papier wendet sich gegen diese essentialistische Konzeption von Gewalt und hebt stattdessen die Relevanz des politischen und sozialen Kontextes von Gewalt hervor. Ziel ist die Erarbeitung einer kausalen Erklärung von Bürgerkriegen und anderen innerstaatlichen Konflikten ohne Rückgriff auf psychologische oder biologische Annahmen zur individuellen Gewaltmotivation. Dabei werden die biologischen Grundlagen aggressiven Verhaltens (Brock 2006) keineswegs geleugnet, für das Verständnis von zeitgenössischer Gewalt sind jedoch Politik und Gesellschaft bedeutsamer.

Das Ziel ist keine neue Großtheorie über die Ursachen von Gewalt, sondern eine Klarstellung der Rolle, die politische Ordnung und soziale Normen in der Entstehung von

---

<sup>2</sup> In dieser Arbeit verwende ich die Begriffe „Bürgerkrieg“ und „innerstaatlicher Konflikt“ synonym.

innerstaatlichen Konflikten haben, da der Einfluss dieser Variablen in der Literatur bislang kaum systematisch untersucht wurde. Die Arbeit ist daher in erster Linie ein Beitrag zur Bürgerkriegsforschung, wobei im späteren Teil des Papiers auch der Versuch unternommen wird, die Bürgerkriegsforschung in einer allgemeineren Gewaltforschung zu situieren. Dabei erkenne ich an, dass die Abgrenzung innerstaatlicher Konflikte von individueller Gewalt auf der einen und Massenphänomenen wie Genozid auf der anderen Seite in gewissem Maße willkürlich ist. So weist der Anthropologe Lawrence Keeley (1996: 29-30) zurecht daraufhin, dass Gesellschaften, die keinen „Krieg“ führen, dennoch zum Teil sehr hohe Mordraten aufweisen. Dies ist jedoch zumeist auf semantische Probleme oder Defizite in der Operationalisierung zurückzuführen, da gewaltsame Auseinandersetzungen in kleinen Gemeinschaft eher als Familienfehden oder individuelle Gewalt denn als „Krieg“ verstanden werden.

Im ersten Abschnitt des Papiers werde ich den Stand der Forschung über die Ursachen von Bürgerkriegen vorstellen. Dabei identifiziere ich drei dominante Stränge, die auf unterschiedliche Motivationen als entscheidende Konfliktursachen verweisen. Gleichzeitig verweisen alle drei Stränge darauf, dass Räume jenseits staatlicher Herrschaft besonders leicht in den Bürgerkrieg abrutschen können. Daher untersuche ich im zweiten Teil, ob die bloße Abwesenheit des Staates genügt, um den „Krieg aller gegen alle“ (Hobbes) auszulösen und diskutiere die Rolle sozialer Normen und Institutionen in der friedlichen Bearbeitung von Konflikten. Auf Grundlage dieser beiden Faktoren entwerfe ich im dritten Abschnitt eine Heuristik zur Einordnung von Gewaltphänomenen, die wiederum Rückschlüsse auf den jeweiligen Einfluss der Variablen zulässt. Der vierte Abschnitt bietet eine Zusammenfassung sowie einige Überlegungen über die Friedensfähigkeit menschlicher Gesellschaften.

## 1. AKTUELLE DEBATTEN IN DER BÜRGERKRIEGSFORSCHUNG

Die vergleichende Bürgerkriegsforschung hat im vergangenen Jahrzehnt eine deutliche Belebung erfahren. Die Ursache dieses Aufschwungs liegt in dem inzwischen unbestrittenen Trend, dass das weltweite Kriegsgeschehen beinahe ausschließlich aus innerstaatlichen Konflikten besteht. Zwar waren Bürgerkriege und andere innerstaatliche Konflikte bereits seit 1945 die dominante Konfliktform (Chojnacki 2006), mit dem Ende des Ost-West-Konflikts veränderte sich jedoch die Sichtweise auf diese Konflikte, da sie nun nicht mehr als „Stellvertreterkriege“ betrachtet, sondern in ihrer Endogenität wahrgenommen wurden. Um dieses relativ unbekanntes Phänomen zu verstehen, wurden verschiedene Erklärungsansätze

entworfen, die man grob in irrationale, idealistische und ökonomische Konzepte unterscheiden kann.

### **1.1 Drei Erklärungen von Bürgerkriegen**

Nach der irrationalen Erklärung ist Gewalt nicht durch exogene Ziele motiviert, sondern wird durch die menschliche Natur oder durch bestimmten Gruppen innewohnende Eigenschaften ausgelöst. Dazu gehören kulturalistische Erklärungen, die auf die Gewaltneigung einzelner Kulturen verweisen (Kaplan 1994, Rufin 1994). Diese These, die Richards (1996) als „New Barbarism“ bezeichnet, ist jedoch in hohem Maße essentialistisch und wird von der Mehrheit der Sozialwissenschaften abgelehnt (Tuastad 2003). Zu den irrationalen Erklärungen gehören weiterhin primordiale Konzepte von Ethnizität (Kaufmann 1996) ebenso wie Ansätze, die Bürgerkriege als Akte des Nihilismus ansehen, mit denen keinerlei Ziel mehr verfolgt wird (Enzensberger 1993). Diesen verschiedenen Theoriesträngen ist jedoch eine dubiose empirische Basis gemein, die wissenschaftlicher Überprüfung nicht standhält (Kalyvas 2001, Elwert 1997). Gleichwohl haben verschiedene Publikationen aufgrund der Einfachheit ihrer Argumentation und der Attraktivität ihrer Lösungsvorschläge eine gewisse Resonanz in der Politik und den Medien erfahren.<sup>3</sup>

Zu den idealistischen Ansätzen gehört die Anfang der 1990er Jahre weit verbreitete Erklärung von Bürgerkriegen anhand ethnischer Faktoren (Gurr 1994, Carment/James 1997, Horowitz 1985). Im Gegensatz zum primordialen Verständnis dominiert hier die instrumentelle Sichtweise von Ethnizität als einer Ressource, die von politischen Eliten mobilisiert werden kann (Kemp 2004). Beispiele hierfür lassen sich in verschiedenen Bürgerkriegen finden (Ignatieff 2000, Ellis 1999, Mueller 2000). Allerdings haben verschiedene Studien gezeigt, dass nicht alle Mitglieder einer ethnischen Gruppe für eine derartige Mobilisierung gleichermaßen empfänglich sind, sondern dass sich insbesondere marginalisierte Bevölkerungsschichten wie Arbeitslose oder Kriminelle bewaffneten Organisationen anschließen (Mueller 2000, Abdullah/Muana 1998). Die Übergänge zu einer ökonomischen Erklärung sind somit fließend.

Problematisch an diesen Ansätzen war lange Zeit ihre Überbetonung des Ethnischen. Dies ließ sich einerseits empirisch nicht bestätigen, da in vielen Bürgerkriegen das ethnische Moment entweder gar nicht auftrat oder nur eine von vielen Konfliktlinien war. Andererseits

---

<sup>3</sup> Der Artikel von Kaplan (1994) wurde beispielsweise durch das US-Außenministerium an alle afrikanischen US-Botschaften verschickt.

porträtierten sie die betroffenen Gesellschaften als passive Pulverfässer, deren Konflikträchtigkeit jederzeit durch skrupellose Politunternehmer ausgenutzt werden kann, woraus sich wiederum nur wenige politische Handlungsoptionen generieren ließen. Jedoch hatte bereits frühere Forschung gezeigt, dass Konflikte nicht durch Ethnizität *an sich* oder durch bestimmte Proportionen ethnischer Gruppen in einer Gesellschaft entstehen, sondern viel eher durch das politische Management von Ethnizität bzw. des ethnischen Prozesses (Hanf 1990).

Die ökonomischen Theorien der Bürgerkriege traten gegen Ende der 1990er Jahre in den Vordergrund (Jean/Rufin 1999, Keen 1998). Die Kernannahme dieser Denkschule lautet, dass Konflikte das Resultat geplanter und rational kalkulierter Akkumulationsstrategien von Gewaltakteuren sind. Der Gegensatz zwischen ökonomischen und idealistischen Ansätzen wurde in der „Greed vs. Grievance“-Kontroverse reproduziert. Diese war durch die Frage bestimmt, ob interne Konflikte durch Gier („Greed“) oder durch subjektiv wahrgenommene Missstände („Grievance“) entstehen.

Angestoßen wurde die Kontroverse von Paul Collier und Anke Hoeffler (1998, 2001), die in quantitativen Untersuchungen zu dem Ergebnis kamen, dass wirtschaftliche Faktoren erklärungsmächtiger seien als Grievance-Variablen. Colliers und Hoefflers Publikationen hatten einen großen Einfluss auf die wissenschaftliche und politische Debatte. Allerdings zeigte die weitere Forschung Probleme in verschiedenen Aspekten ihres Modells auf. Die Kritik richtete sich beispielsweise auf die Verwendung der Abhängigkeit einer Volkswirtschaft vom Primärgüterexport als Indikator für „Greed“ (da sich diese Güter besonders leicht durch Konflikttakteure plündern und vermarkten lassen, daher der Name *lootable resources*). Wie Richard Snyder (2006) jedoch zurecht anmerkt, gehören zu dieser Kategorie sowohl leicht plünderbare Rohstoffe (alluviale Diamanten, Coltan) ebenso wie Güter, die nur unter hohem Kapitaleinsatz zu gewinnen sind (Erdöl, Erdgas) oder die kaum attraktive Gewinnspannen versprechen (landwirtschaftliche Erzeugnisse). Vielmehr zeigte sich, dass die verschiedenen Primärgüter deutlich abweichende Folgen für das Konfliktrisiko haben (Ross 2004). Eine ähnliche Kontroverse fand zu einem anderen zentralen Indikator, der ethno-linguistischen Fraktionalisierung der Gesellschaft (einem Indikator für „Grievance“) statt, wobei andere Autoren teils zu abweichenden Resultaten kamen (Elbadawi/Sambanis 2002, Hegre et al. 2001).

In jüngster Zeit ist die Kontroverse jedoch wieder in den Hintergrund getreten, da sich zunehmend zeigte, dass sich Motivationen von Konfliktteilnehmern meist nicht auf eine der

beiden Seiten reduzieren ließen und dass auch Änderungen der Motivationslage über die Zeit eintreten können. Unlängst erklärte Mats Berdal (2005) diesen Streit daher für beendet: Die Debatte habe zu einer Schärfung und Weiterentwicklung der Theorie geführt, jedoch könne die strikte Dichotomie von „Greed und Grievance“ weder theoretisch noch empirisch aufrechterhalten werden. Dieser Position hat sich auch Paul Collier angeschlossen. In zwei von ihm und Nicholas Sambanis herausgegebenen Sammelbänden (2005) sind mehrere Einzelfallstudien gesammelt, die das Collier-Hoeffler-Modell qualitativ testen. Im Fazit kommt Sambanis zu dem Schluss: „After reading these complex narratives, it becomes harder to see ‚greed‘ and ‚grievance‘ as competitive explanations of rebellion. Greed and grievance are often alternative interpretations of the same phenomenon; they are shades of the same problem. Indeed, we often see more political greed and economic grievance than the other way around.“ (2005: 329)

## **1.2 Motivation und gewaltoffene Räume**

Unabhängig von der Frage der Motivation waren sich jedoch alle Positionen, inklusive der Irrationalitätsthese, in einem Punkt einig: innerstaatliche Konflikte, gleich welcher Ursache, benötigen „gewaltoffene Räume“ (Elwert 1997: 86), in denen sie nicht durch staatliche Instanzen unterbunden werden. Diese Entstaatlichung des Konfliktraums stellt einen Faktor dar, der von manchen Autoren als zentrale Innovation der Kriegsführung der 1990er interpretiert und in Form der Theorie der „neuen Kriege“ popularisiert wurde (Münkler 2002, Brzoska 2004, Heupel/Zangl 2004). Diese Theorie behauptet, das staatliche Gewaltmonopol werde zunehmend durch die Globalisierung und die Privatisierung der Gewaltmittel erodiert (Kaldor 1999, Eppler 2002), was zu einem Rückzug des Staates aus größer werdenden Teilen des öffentlichen Raums führe.

Manche Beiträge sehen im Verfall von Staatlichkeit eine unmittelbare Ursache der Gewalt. Herbst (2004) zeigt beispielsweise, dass schwache Staaten sehr verwundbar gegenüber militärischen Herausforderungen sind, da ihre Armeen unzureichend ausgestattet sind und nur über geringe Legitimität in der Bevölkerung verfügen. Nach Holsti (1996) und Jackson (2001) entstehen Konflikte dagegen aus konfrontativen Strategien des herrschenden Regimes. Andere Autoren sehen in gewaltoffenen Räumen eher eine notwendige Hintergrundbedingung für einen Bürgerkrieg. Politökonomische Ansätze (Reno 2002, Allen 1999) betonen die Fragmentierung staatlicher Patronagenetzwerke im Prozess des Staatszerfalls, was zu einer Verschärfung der Konkurrenzsituation politischer Unternehmer führe. Beiträge aus der

Realistischen Schule der Internationalen Beziehungen versuchen dagegen, das Sicherheitsdilemma auf die innerstaatliche Situation anzuwenden (Posen 1993, Kasfir 2004).

Zwar haben diese verschiedenen Ansätze mehr oder weniger große empirische Defizite, es spricht jedoch einiges dafür, fragile Staatlichkeit als Hintergrundbedingung von Bürgerkriegen zu interpretieren, indem man derartige Konflikte als das Resultat einer Kalkulation von Opportunitätskosten begreift: Solange der Staat die Gewaltmittel monopolisiert, kann er den Eintritt von Konkurrenten in den Sicherheitsmarkt mit prohibitiven Kosten belegen (Tilly 1985). Mit der zunehmenden Schwächung des Staates sinken jedoch die Eintrittskosten, so dass sich neue Marktteilnehmer etablieren können (Mehler 2003). Grundsätzlich kann man das Gewaltproblem also als eine soziologische Konstante verstehen, wie es von Trotha darlegt: „Gewalt ist eine Handlungsressource für jedermann und zum Täter kann jeder werden. [...] Konfrontiert mit der Unaufhebbarkeit der Gewalt und der Furcht vor ihr liegt die Last des Friedens auf der politischen Ordnung.“ (1995: 131, ähnlich Schlichte 2000, Münkler 2002: 27)

Zusammengefasst erklären die verschiedenen Theorieschulen den innerstaatlichen Konflikt also als das Resultat zweier notwendiger Variablen: der Abwesenheit einer politischen Ordnung sowie einer wie auch immer gearteten Eigenmotivation der Kämpfenden, sei diese nun irrationaler, idealistischer oder ökonomischer Natur. Gerade dieser zweite Faktor hat sich jedoch empirisch als nur schwer greifbar erwiesen: Weder die „New Barbarism“- , noch die „Greed“- oder die „Grievance“-These können Gewaltausübung alleine erklären. Damit wird klar, dass man der Antwort auf die Frage, warum Menschen zu Gewalt greifen, keinen Schritt näher gekommen ist. Doch ist diese Antwort überhaupt notwendig, um das Auftreten innerstaatlicher Konflikte zu erklären? Ich bin der Ansicht, dass das *Warum*-Frage ein kaum zu lösendes Problem darstellt, weswegen die Forschung sich eher der Frage zuwenden sollte, *unter welchen Rahmenbedingungen* Menschen sich gewalttätigem Handeln entschließen.

## 2. GEWALTEINSATZ IN GEWALTOFFENEN RÄUMEN

### 2.1 Gewaltoffene Räume als Hobbessche Dschungel?

Wenn man die Debatte um das Phänomen des Staatszerfalls als Maßstab nimmt, gibt es keine einzelne, spezifische Motivation, die in anarchisch organisierten Räumen notwendigerweise zu Gewalt führt. Dennoch ist die Korrelation zwischen entstaatlichten Räumen und Gewalt ein Gemeinplatz in der Diskussion. Zerfallene Staaten werden von

verschiedenen Kommentatoren aus Politik (Straw 2001, Eppler 2002: 51) und den Medien (Mallaby 2002) als chaotisch bezeichnet. Regelmäßig werden diese Staaten mit dem Urzustand und mit dem „Hobbesschen Dschungel“ verglichen, in dem das Leben „poor, nasty, brutish, and short“ (Hobbes 1651: Kap. XIII, Vers 9) ist.

Zwar haben sich die apokalyptischen Thesen von Publizisten wie Kaplan (1994) bislang nicht bewahrheitet (und werden dies wohl in absehbarer Zeit nicht tun), dennoch hat dieses Motiv des zerfallenen Staates als einer modernen Wiederkehr des Urzustandes auch in der Wissenschaft seine Anhänger (Kreijen 2004, Rotberg 2004). Damit wird eine zentrale Schwäche der Staatszerfallforschung offensichtlich: Sie kann recht gut sagen, was in einem zerfallenen Staat *nicht* ist (der Staat), sie kann jedoch nicht sagen, was dort *ist*. Aus Mangel an empirischem Material wird daher oft vereinfachend angenommen, dass in entstaatlichen Räumen notwendigerweise die ungebremste Gewalt regiere.

Von dieser Annahme geht auch die quantitative Bürgerkriegsforschung aus, die den Grad „empirischer Staatlichkeit“ (Jackson/Rosberg 1982) als den vielleicht wichtigsten Einflussfaktor auf das Konfliktrisiko identifiziert (Lacina 2004: 193). Allerdings ist diese Aussage empirisch kaum zu überprüfen, weil die meisten Studien die Variable aufgrund fehlender Daten ausschließen (Fearon 2005: 502). Die wenigen Analysen, die dies dennoch versuchen, verlassen sich durchgängig auf mehr oder weniger invalide *proxy*-Indikatoren, die dem Konzept der Staatlichkeit nicht gerecht werden, z.B. BIP/Kopf (Collier et al. 2003), die Ölexportquote (Fearon/Laitin 2003), der Demokratieindikator des Polity-Datensatzes (deRouen/Sobek 2004) oder die Kapitalintensität des Militärs (Lacina 2006). Zwar kann jede dieser Variablen theoretisch auf Stärke und Stabilität des Staates bezogen werden, allerdings sind diese Indikatoren mehrdeutig und können mit der gleichen Begründung auch zur Messung anderer Konzepte herangezogen werden. Ähnliches gilt für die Indikatoren, die Collier und Hoeffler (2001) zur Messung der militärischen Sanktionsfähigkeit des Staates verwenden.

Diesen verschiedenen Beiträgen liegt die Annahme zugrunde, dass das bloße Auftreten „gewaltoffener Räume“ zu einer Zunahme der Gewalt führt. Auf diese Weise wäre die Frage nach einer Motivation für die Erklärung eines Konfliktausbruchs nicht mehr bedeutsam. Befreit von den Fesseln des Staates, so die Logik, streift der Mensch ‚die dünne Fassade der Zivilisation‘ ab, die ihn vom Tier unterscheidet. Es gibt jedoch sowohl theoretische als auch empirische Gründe, dieses simplistische Menschenbild zurückzuweisen und stattdessen von einer ‚dicken Fassade der Zivilisation‘ zu sprechen.



Auf theoretischer Ebene hat Jean Hampton (1986) umfassend gezeigt, warum der Naturzustand in Hobbes' eigener Logik weder normal noch unausweichlich ist. Dabei hat sie zwei verschiedene Erklärungen des *bellum omnia contra omnes* (Krieg aller gegen alle) in Hobbes' Werk gefunden. Die erste ist eine rationale Erklärung, die von der Annahme ausgeht, dass alle Menschen an erster Stelle danach streben, ihr eigenes Überleben sicherzustellen. Aufgrund einer allgemeinen Knappheit lebenswichtiger Güter im Naturzustand entsteht jedoch Konkurrenz und ein Klima des Misstrauens. Diese Kombination aus Konkurrenz und Angst ist danach der Auslöser des Kriegs aller gegen alle. In diesem Krieg können weder Moral noch Recht dafür sorgen, dass Kontrakte eingehalten werden. Die Ähnlichkeit dieser Erklärung zum Gefangenendilemma ist offensichtlich.

Die zweite Erklärung, die Hobbes anführt, ist die der Passionen. In seinen früheren Werken und in Kapitel XV des *Leviathan* schreibt Hobbes, in direktem Widerspruch zur rationalen Erklärung, dass es im Naturzustand durchaus rational sei, Abmachungen einzugehen und dass die Überlebenschancen für diejenigen Individuen deutlich besser seien, die sich zu Gruppen zusammenschließen. Wenn jedoch die Einhaltung von Abmachungen rational ist, ist deren Bruch irrational (oder durch die Angst vor der Irrationalität der Vertragspartner motiviert). Diese Irrationalität erklärt Hobbes anhand eines dem Menschen innewohnenden Strebens nach Ruhm. Hampton (1986: 74) zeigt jedoch detailliert, dass die Erklärung des Kriegs über die Passionen nicht mit Hobbes' weiterem Argument in Einklang gebracht werden kann und insbesondere der Entstehung eines Souveräns entgegensteht.

Doch auch die rationale Erklärung ist nicht haltbar. Dort sagt Hobbes, übersetzt in spieltheoretische Termini, dass Nicht-Kooperation eine rationale (profitmaximierende) Strategie sei. Dies trifft auch zu, sofern es sich um ein einmaliges Spiel handelt. Es ist jedoch äußerst unwahrscheinlich, dass Menschen im Urzustand lediglich ein einziges Mal interagieren, dann ihrer Wege gehen und sich nie wieder treffen. Vielmehr, argumentiert Hampton, muss der Naturzustand als wiederholtes Spiel modelliert werden, in dem die Spielpartner mehrfach interagieren und Lernprozesse durchlaufen. In solchen Spielen erweist sich Kooperation als überlegene Strategie. Wenn nun aber Kooperation die rationale (weil profitmaximierende) Strategie ist, wird Nicht-Kooperation zu einer irrationalen Vorgehensweise, was wiederum – analog zur Erklärung über die Passionen – nicht mit Hobbes' Argument vereinbart werden kann (Hampton 1986: 78). Damit wird deutlich, dass Krieg nicht das unausweichliche Resultat einer anarchischen Umwelt ist.

Hobbes' Konzept des Naturzustands liegt ein atomistisches Verständnis des Individuums zugrunde, das weder soziale Kontakte noch Zwänge kennt und nicht für die Zukunft plant. Diese Annahmen sind jedoch selbst im Rahmen des Gedankenexperiments über den Naturzustand unhaltbar, da sie der menschlichen Natur allzu offensichtlich widersprechen. Vielmehr leben die Menschen auch in Abwesenheit eines Souveräns in sozialen Zusammenhängen, in Netzwerken, die sich auf Abstammung, Ethnie, Religion, Kultur und Wirtschaft begründen. Durch diese Verbindungen lernen Menschen einander kennen und sammeln auf diese Weise soziales Kapital. Das hierbei herausgebildete Vertrauen ist der entscheidende Unterschied zwischen Hobbes' Version des Naturzustandes und der Chance sozialer Ordnung.

Diese theoretische Kritik wird auch durch das vorhandene empirische Material bestätigt. Forschungsergebnisse aus zwei zerfallenen Staaten (Somalia und Liberia) zeigen ein differenzierteres Bild als es simplistische Theorien „gewaltoffener Räume“ zunächst vermuten lassen. Ken Menkhaus hat in mehreren Aufsätzen (1998, 2004, 2006) gezeigt, dass sich in verschiedenen Teilen Somalias unterschiedliche Gewaltordnungen ergeben haben. Auf regionaler Ebene sind im Nordwesten (Somaliland) und im Nordosten (Puntland) mehr oder weniger gut funktionierende Protostaaten entstanden, die die Gewalt einhegen konnten, während das Gewaltniveau im fragmentierten Süden weiterhin hoch ist. Doch auch innerhalb dieser Regionen gibt es deutliche lokale Unterschiede. Dabei hebt Menkhaus die Zentralität sozialer Normen und Institutionen zur friedlichen Bearbeitung von Konflikten hervor. Zu den entsprechenden Normen gehört das traditionelle Clanrecht *xeer*, die Zahlung von Blutgeld (*diya*) sowie das *sharia*-System. Diese werden durch traditionelle Institutionen wie Clanälteste und islamische Richter durchgesetzt, denen man ein hohes Maß an Legitimität zuspricht. Es ist dabei kein Zufall, dass im von Gewalt geplagten Süden lokale Autoritäten oft durch bewaffnete Milizen auswärtiger Clans verdrängt wurden. Wo *warlords* traditionelle Institutionen ersetzt haben, werden Normen zur Gewalteinhegung nicht mehr durchgesetzt. Zu ähnlichen Ergebnissen kommen Jason Sorens und Leonard Wantchekon (2000: 10), die hervorheben, dass *xeer* und die Position der Clanältesten während der britischen Kolonialherrschaft im Nordwesten weitgehend intakt blieb, während sie im italienisch beherrschten Rest des heutigen Somalia mehr oder weniger Schaden nahmen.

Für den Fall Liberia zeigt Amos Sawyer (2005), wie sich während des – mit Unterbrechungen – von 1989 bis 2003 verlaufenden Bürgerkriegs lokale Ordnungen herausbildeten. Während des Konflikts waren alle Landesteile von der Gewalt betroffen. Die meisten Ortschaften wurden durch *warlords* (meistens Kommandeure von Milizen,

Kriegsveteranen oder bewaffnete Gangs) beherrscht, die Reaktionen der lokalen Bevölkerung auf diese neuen Machthaber variierte jedoch stark. Im Norden und Nordwesten kam es beispielsweise zu einem Erstarren der mystischen *Poro*-Gesellschaften, einer Institution, die Gemeinschaften von Waldbewohnern in Liberia, Sierra Leone und Guinea in einem gemeinsamen System von Normen und Riten miteinander verbindet. Diese Gesellschaften versuchten teilweise, die neuen Herrscher zu kooptieren, indem sie sie formell als *chiefs* einsetzten und ihnen ein Beratergremium zur Seite stellten. Andernorts agierten sie als parallele, unabhängige Autoritätsstruktur, die die Herrschaft der *warlords* subtil hintertrieb. Im Südosten des Landes gab es keine *Poro*-Gesellschaften; dort bestehen kaum soziale Verbindungen zwischen den kleineren, akephalen Dorfgemeinschaften (Sawyer 2005: 5). Dort reagierten Familien auf die Gewalt meist durch den Rückzug in den Busch. Sawyer führt außerdem mehrere Konflikte zwischen ethnischen Gruppen an, bei denen *Poro* zu einer schnelleren und friedlichen Konfliktlösung beitragen konnte. Wo *Poro* keine Rolle spielte, konnten diese Auseinandersetzungen erst nach Intervention des Staates oder durch externe Akteure (Diaspora) beigelegt werden.

Diese Beispiele verdeutlichen die Relevanz sozialer Normen und Institutionen zur friedlichen Konfliktbearbeitung. Sawyer fasst dies folgendermaßen zusammen: „In situations of violent conflict when the rule of law breaks down, people are left largely to find recourse in norms, relationships and institutional arrangements which they create themselves or have inherited over the years through customs and traditions.“ (2005: 2-3) Wo derartige Institutionen fehlen, oder wo sie durch Krieg zerstört wurden, hatten die Kriegsunternehmer freie Bahn. Diese Schlussfolgerungen sind nicht auf die genannten Fälle beschränkt, wie Menkhaus hervorhebt: „Recent research on systems of localized, ad hoc governance in other zones of protracted state failure suggests that the Somali experience is not unique. Communities that have cut off from an effective state authority – whether out of governmental indifference to marginal frontier territories, or because of protracted warfare, or because of vested local and external interests in perpetuating conditions of state failure – consistently seek to devise arrangements to provide for themselves the core functions that the missing state is supposed to assume, especially basic security.“ (Menkhaus 2006: 75) Ähnliche Zustände konnten beispielsweise auch in verschiedenen Regionen der D.R. Kongo (Tull 2003, Trefon 2004) festgestellt werden.

Damit steht fest, dass der Verlust politischer Ordnung nicht automatisch mit Gewalt einhergeht. In diesen Räumen findet vielmehr das statt, was Trutz von Trotha als „Horizontalisierung der staatlichen Ordnung“ bezeichnet: eine Transformation des staatlichen

Gewaltmonopols in eine „horizontale Ordnung mehr oder minder konkurrierender Einrichtungen der Gewaltanwendung und -kontrolle“ (2005: 33).

## 2.2 Eine alternative Erklärung der Gewalt

Wenn aber damit gezeigt ist, dass gewaltoffene Räume keine hinreichende Bedingung für den Ausbruch für Bürgerkriegen sind, bedeutet dies nicht automatisch, dass Motivationen als notwendige Bedingung für die Erklärung bewaffneter Konflikte hinzugefügt werden müssen. In den beschriebenen Konflikten wurde Gewalt entlang mehrerer Linien eingesetzt: zum ökonomischen Vorteil, zur Verteidigung einer Gemeinschaft, um politische Macht, usw. Überhaupt ist es ein schwieriges Vorhaben, Gewaltakte auf einzelne Motivationen zu reduzieren und diese überhaupt empirisch zu untersuchen (Hitzler 1999).

Daher schlage ich vor, dass nicht die spezifische Gewaltmotivation die fehlende Variable ist. Vielmehr nehme ich an, dass Gewaltmotivationen innerhalb eines sozialen Kontextes immer rational sind.<sup>4</sup> Daher wird die konkrete Motivation unerheblich, da ihr Sinn sozial konstruiert ist; dies macht es jedoch nötig, ebendiesen sozialen Kontext zu berücksichtigen. Daher wende ich mich der Rolle sozialer Normen und Institutionen zu, deren Relevanz in den Fallbeispielen bereits hervorgehoben wurde. Um ihre Funktion zu verstehen, ist ein kurzer Exkurs in die soziologische und anthropologische Gewaltforschung notwendig, wobei ich mich auf einen für dieses Papier relevanten Ausschnitt dieses Feldes konzentriere.

Grundsätzlich folge ich dabei der Konflikttheorie Georg Elwerts, der festhält: „Die Anthropologie hat gezeigt, dass sogar gewaltsame Konflikte kulturell kodierten Muster folgen und institutionalisierte Formen haben, und dass ihre Erscheinungsform kontrolliert und gelenkt ist. Dies wurde soziale Einbettung genannt. Unter Einbettung versteht man das Ensemble von moralischen Werten, Normen und institutionalisierten Arrangements, die bestimmte Handlungstypen begrenzen und gleichzeitig das Ergebnis dieser Handlung berechenbar machen.“ (2004: 29) Gewalt ist bei Elwert, neben Meidung und Verfahren, ein Mittel zum Austrag von Konflikten. Jede Gesellschaft bildet eigene Regeln heraus, welche Regelungsform für welche Konflikte angemessen ist. Da Konflikte ein „Grundmerkmal jedes menschlichen Zusammenseins“ (Eckert 2004: 7) sind, ist somit auch Gewalt ein – je nach

---

<sup>4</sup> Wobei ich unter ‚rational‘ auch zweckrationale, wertrationale und beschränkt rationale Verhaltensweisen einbeziehe. Der entscheidende Maßstab ist hierbei, dass Gewalttäter (und dies gilt in größeren Konflikten ganz besonders) meistens einen subjektiven Grund für ihre Handlungen angeben können, ganz gleich, wie „gut“ (rational, nachvollziehbar) dieser Grund ist.

Gesellschaft – mehr oder weniger alltägliches, aber immer in soziale Kontexte eingebettetes Phänomen.

Dies passt zu einem neueren Strang der Soziologie der Gewalt, die Gewalt nicht länger als Devianz oder als Defizit und ihren Einsatz nicht als Zusammenbruch einer ansonsten friedlichen Ordnung versteht, sondern sie vielmehr als integralen Bestandteil eines gesellschaftlichen Konfliktregelungssystems begreift (Liell 1999). Dennoch sind hergebrachte Defizittheorien in verschiedenen Teilbereichen weiterhin prominent, z.B. in der Kriminologie, wie Susanne Karstedt gezeigt hat. Entsprechende Ansätze interpretieren Gewalt „grundsätzlich als Mangel an gesellschaftlicher Ordnung und vor allem als Versagen der entscheidenden Integrationsmechanismen der Gesellschaft“ (2004: 270) Dabei wird jedoch übersehen, dass Gewalt genauso gut auch die Ursache gesellschaftlicher Desintegration sein kann, aber auch – wie verschiedene Studien belegen – zum Integrationsmechanismus werden kann.

Viel interessanter als diese Desorganisationstheorien sind jedoch die Ergebnisse neuerer Studien, die Karstedt zitiert. Diese zeigen, dass Sozialkapital eine entscheidende Rolle bei der Gewaltneigung sozialer Formationen spielt: „Dabei zeigt sich vor allem für Untersuchungen in den innerstädtischen Bezirken der USA, dass soziales Kapital dort, wo vorhanden, die Effekte sozialer Desorganisation auf Gewalt verringert.“ (Karstedt 2004: 283) Zu ähnlichen Ergebnissen kommt François Dubet in seiner Untersuchung von Jugendgewalt. Nach seiner These tritt Gewalt in stark integrierten Gesellschaften in bestimmter, zumeist ritualisierter Form auf, die von der Gemeinschaft als geduldete Abweichung akzeptiert wird. In zeitgenössischen urbanen Räumen fehlt jedoch der soziale Raum für diese geduldete Gewalt und die gesellschaftliche Kapazität, eine Überschreitung dieses Raums zu sanktionieren: „Die informelle soziale Kontrolle wurde durch die professionelle Kontrolle von Sozialarbeitern, Lehrkräften, Polizisten und Hausmeistern ersetzt, und diese ist immer schlecht an die Verhaltensweise der Jugendlichen angepasst.“ (Dubet 1997: 223)

Diese Beispiele verdeutlichen erneut, wie wichtig die Berücksichtigung des sozialen Kontexts in der Analyse von Gewaltphänomenen ist. Sie verdeutlichen, dass Gewalt im sozialen Zusammenhang stattfindet und dass sie dort, wo ihr entsprechende Normen, die von sozialen Sanktionsmechanismen gestützt werden, entgegenstehen, unter Kontrolle gebracht und eingehegt werden kann. Daher soll das Fehlen von sozialen Normen und Institutionen, die einen gewaltlosen Konfliktaustrag fordern, als zweite notwendige Bedingung – neben dem

Fehlen einer politischen Ordnung – für den Ausbruch von Gewaltkonflikten angenommen werden.

Diese Begriffe sollen hier kurz näher erläutert werden. Als „soziale Norm“ verstehe ich eine Regel, nach der eine Gesellschaft lebt, z.B. das Inzestverbot (Eriksen 1995: 48-49, ein anderes Verständnis hat Brock 2006: 22-23). Sie ist allen Mitgliedern einer Gesellschaft bekannt und wird von einer deutlichen Mehrheit geteilt (auch wenn sich nicht alle daran halten). Im Zusammenhang dieses Papiers geht es in erster Linie um Normen, die einen gewaltlosen Konfliktaustrag befördern, also z.B. die Sanktionierung von Mord und Körperverletzung. Normen werden durch soziale Institutionen gestützt, wobei sich dieser Begriff auf Positionen und Rollen bezieht, die die Gesellschaft einzelnen Mitgliedern verteilt und mit entsprechenden Kompetenzen versieht, um die Einhaltung der Normen zu überwachen und zu sanktionieren, also um soziale Kontrolle auszuüben (Polizei, Ältestenräte, Klerus). Während Normen also einen normativen Charakter haben, werden Institutionen eher durch Akteure (bzw. Körperschaften) repräsentiert.

Eine politische Ordnung verstehe ich analog zu Max Webers Konzept des politischen Verbands. Diesen definiert er als einen Herrschaftsverband (einen durch Herrschaft strukturierte, geschlossene, soziale Beziehung), der seine Ordnung innerhalb eines geographischen Territoriums durch Anwendung und Androhung physischen Zwangs durchsetzt (Weber 1972: 29). Das Ausmaß, in dem dieser Verband in der Lage ist, seine Herrschaft effektiv auszuüben, bestimmt die Stabilität der politischen Ordnung.

Die Annahme dieses Papiers lautet also, dass eine Einhegung und Begrenzung der Gewalt dann geschieht, wenn eine effektive politische Ordnung vorhanden ist und soziale Normen bestehen, die einen friedlichen Konfliktaustrag verlangen, und diese Normen durch entsprechende soziale Institutionen durchgesetzt werden.

Für die Richtigkeit dieser Behauptung gibt es eine Reihe von Anhaltspunkten. Eine klassische Theorie, die sie unterstützt, ist Norbert Elias' Geschichte des zivilisatorischen Prozesses (1939). Danach hat Westeuropa seit dem Spätmittelalter die Herausbildung der modernen Zivilisation erlebt, was bei Elias in erster Linie die Entwicklung einer stärkeren individuellen Affektkontrolle meint. Manuel Eisners Analyse (2001) historischer Kriminaldaten zeigt tatsächlich eine signifikante Abnahme der Mordraten in mehreren west- und nordeuropäischen Ländern seit etwa dem 17. Jahrhundert. Eisner sieht darin eine Bestätigung von Elias' Theorie, was er auf vier Ursachen zurückführt: 1. die Bildung des modernen Staates (politische Ordnung), 2. die Erneuerung der Kirchen im Zuge der

Reformation und Gegenreformation (soziale Kontrolle), 3. die Ausweitung des Schulwesens (Selbstdisziplin), und 4. die Entstehung des Frühkapitalismus (Arbeitsdisziplin, wirtschaftliche Anreize). Die Einhegung der Gewalt geschah sowohl durch die Stärkung der politischen Ordnung ebenso wie durch die Bildung, Ausbreitung und Absicherung sozialer Normen der Gewaltlosigkeit.

Ein ähnliches Bild ergibt sich aus Foucaults Theorie der Herausbildung von Gouvernementalität (1991). Hier verbanden sich neue Techniken sozialer Regulierung durch die Obrigkeit mit einer neuen Konstitution des Selbst unter den Subjekten, das einer zunehmenden Selbstdisziplin und Selbstkontrolle unterworfen wurde (Gutiérrez Rodríguez; Pieper 2003: 7-8) Durch neue Technologien, neues Wissen und neue Machttechniken wurde der Körper der politischen Kontrolle unterworfen und diszipliniert. Diese Disziplin wurde wiederum von den Subjekten internalisiert.

Dieser Ansatz lässt sich auch empirisch erhärten. Beispielsweise stellen Christian Seipel und Stefanie Eifler (2003) fest, dass Individuen durch zwei verschiedene, psychologische Prozesse an abweichendem (sozialen Normen widersprechendem) Verhalten gehindert werden, nämlich durch Selbstkontrolle und rationale Abwägung (*rational choice*). In Situationen, wo man mit einem Normverstoß vermutlich straflos davongekommen wäre, ist Selbstkontrolle der dominante Faktor, der – sofern in ausreichendem Maße vorhanden – den Verstoß verhindert. Wo jedoch eine hohe Entdeckungswahrscheinlichkeit bei einem Normverstoß besteht, wird dieses Verhalten eher aufgrund rationaler Erwägungen abgelehnt.

Hier wird auch deutlich, dass sich politische Ordnung und soziale Normen nicht exakt trennen lassen, da sich beide bis in das Subjekt hinein erstrecken. Die Theorien von Elias und Foucault zeigen, dass Gewaltkontrolle im Kern ein psychologisches Projekt ist, das gleichermaßen soziale und politische Wurzeln hat.

### 3. GEWALTFORMEN

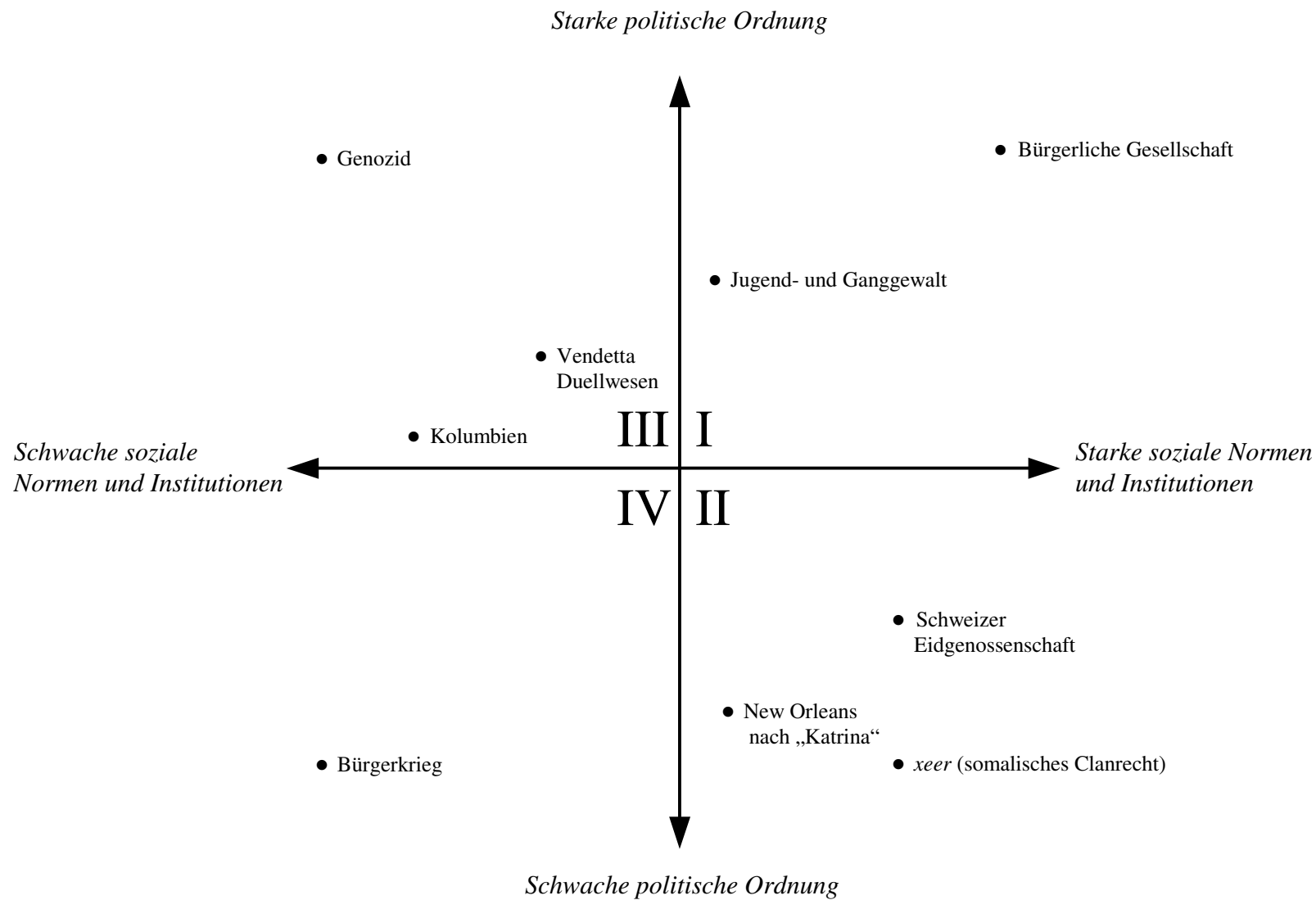
Anders als es die Logik „notwendiger“ und „hinreichender“ Bedingungen suggeriert, ist Gewalt keine dichotome Variable. Anstelle einer simplen An- oder Abwesenheit von Gewalt existiert eine Vielzahl von Gewaltformen. Die im vorigen Abschnitt als bedeutsam identifizierten Variablen „politische Ordnung“ und „soziale Normen und Institutionen“ sind auch für die Identifikation dieser Gewaltformen bedeutsam: Bestimmte Kombinationen dieser Variablen sind mit unterschiedlichen Formen verbunden.

In Abbildung 1 sind die verschiedenen Ausprägungen der Variablenkombination aufgetragen. Die senkrechte Achse unterscheidet gut funktionierende und durchsetzungsfähige politische („starke“) Ordnungen von ineffektiven und „schwachen“ Ordnungen. Die waagrechte Achse umfasst die Unterschiede zwischen Gesellschaften mit „starken“ sozialen Normen der Gewaltfreiheit (und den dazugehörigen Institutionen) und denjenigen mit „schwachen“ Normen. Aufgrund der relativ spezifischen Natur der positiven Ausprägung der Variable (es müssen soziale Normen UND soziale Institutionen vorhanden sein, diese Normen müssen stark sein UND weithin anerkannt sein UND die Normen müssen einen gewaltfreien Konfliktaustrag verlangen) ist die negative Ausprägung dementsprechend unspezifisch. Dazu gehören Fälle, in denen überhaupt keine Normen bestehen (Anomie) ODER die dominanten gesellschaftlichen Normen gewalttätiges Verhalten legitimieren oder sogar fordern ODER gewaltlose Normen nicht anerkannt ODER nicht durch entsprechende Institutionen durchgesetzt werden. Dadurch versammeln sich am linken Ende des Schaubildes verschiedene Fälle, die auf den ersten Blick sehr unterschiedlich gelagert sind.

Entlang der Achsen kann man das Schaubild in vier Abschnitte (I-IV) unterteilen, deren äußere Eckpunkte verschiedenen Idealtypen entsprechen. Typ I („beherrschte Gewalt“) ist charakterisiert durch eine effektive politische Ordnung sowie starke, durchsetzungsfähige Normen, die Gewalt sozial ächten. Charakteristisch für diesen Typ ist der Idealfall einer bürgerlichen Gesellschaft am Ende der Eliasschen Historiographie. Derartige Gesellschaften sind gekennzeichnet durch effektive Staatsapparate sowie durch eine Delegitimierung privater Gewalt, wie Ronald Hitzler bestätigt: „Im Zuge der Zivilisierung scheint die reale, alltägliche, also sozusagen die ‚banale‘ Gewalt zusehends verfemt zu werden. Und mit dieser Verfemung korrelierte – wie auch immer – das allmählich entstandene sogenannte ‚staatliche Gewaltmonopol‘.“ (1999: 11) In diesen Gesellschaften ist Gewalt weitgehend eingehegt und wird als Bruch von formellen wie informellen Regeln verstanden.



Abb. 1: Gewaltformen



Dabei soll nicht verschwiegen werden, dass es in vielen westlichen Staaten deutlich unterschiedliche Niveaus „krimineller“ Gewalt gibt. Diese lassen sich jedoch – wenigstens teilweise – auf unterschiedliche Waffen- und Strafgesetze sowie auf kulturell verschiedene Normen zur Gewaltregelung zurückführen, wie z.B. auf die verbreitete „Frontier“-Mentalität in den Vereinigten Staaten, die bewaffnete Selbstverteidigung in einem viel stärkeren Maße legitimiert als dies in anderen westlichen Gesellschaften geschieht (Cohen 2003). Genausowenig soll damit die Gewaltfreiheit der bürgerlichen Gesellschaft, speziell im Übergang zur Postmoderne, überhöht werden (Müller 2006). Eisners Ergebnisse machen jedoch deutlich, dass die bürgerliche Gesellschaft im Vergleich zu ihren Vorläufern deutlich weniger gewaltgeprägt ist.

Dabei weisen viele moderne Gesellschaften urbane oder peri-urbane Räume („soziale Brennpunkte“) auf, in denen sich marginalisierte Segmente der Gesellschaft sammeln. Diese Zonen weisen häufig eine erhöhte Jugend- und Ganggewalt auf. Diese wird zum Teil durch den Rückzug staatlicher Ordnungskräfte ermöglicht („no-go-areas“), zu einem größeren Teil jedoch durch spezifische, subkulturelle Normen legitimiert, in denen Gewalt ein wichtiges Mittel zur Durchsetzung eigener Interessen und zur Verteidigung der „Ehre“ darstellt.

Typ II („verregelte Gewalt“) stellt den Typus einer schwachen politischen Ordnung dar, in der Gewaltausübung durch soziale Normen verregelt bzw. ritualisiert wird oder in speziellen, dafür ausgewiesenen Räumen stattfindet. Entsprechende Regulierungen finden sich in manchen akephalen Gesellschaften, die Christian Sigrist als „regulierte Anarchie“ (so der Titel seines Buchs von 1979) bezeichnet. Ein derartige Ordnung ist z.B. das bereits erwähnte Clanrecht *xeer*, das die Beziehungen zwischen somalischen Clans (und Sub-Clans usw.) regelt. Ein ähnliches System existierte in der Frühphase der Schweizer Eidgenossenschaft, in der die Kantone ihre Konflikte in erster Linie durch Verhandlung lösten (Schläppi 2006). Auf kleinerer Ebene war ein entsprechendes Verhalten auch im durch den Hurrikan Katrina verwüsteten New Orleans festzustellen (Lambach 2006). Dort kam es entgegen journalistischer Sensationsmeldungen nicht zu einer erhöhten Rate an Gewalttaten. Vielmehr verhielten sich die Sturmpfer weitgehend prosozial und solidarisch; an verschiedenen Orten kam es sogar zur spontanen Bildung von Gemeinschaften.

Typ III („kontrollierte Gewalt“) ist wie bereits erwähnt ein gewisses Sammelbecken für verschiedene Gesellschaften, die nicht die notwendigen sozialen Normen zur Gewaltkontrolle aufweisen. Dazu gehören Gesellschaften, die Vendetta (Blutrache) praktizieren oder – wie bis in die westeuropäische Neuzeit – Duelle gestatten. Diese Formen individueller Gewalt werden

als Mittel zur Konfliktlösung akzeptiert, sind jedoch noch relativ stark verregelt: Konventionen bestimmen, unter welchen Bedingungen Gewalt eingesetzt werden darf. Ähnliches gilt für das Konzept der in manchen Kulturen praktizierten „Ehrenmorde“ an Frauen, die in irgendeiner Weise den Ruf der Gemeinschaft beschädigt haben sollen. Für das europäische Mittelalter vermutet Eisner (2001: 632), dass die hohen Mordraten auf einem damals weit verbreiteten Ehrkonzept beruhten, das Gewalt zur Verteidigung der persönlichen Ehre nicht nur legitimierte, sondern geradezu voraussetzte. Gewalt diesen Typs umfasst auch Gewalt gegen Minderheiten, die – als nicht dem *demos* zugehörig – nicht den Schutz der ansonsten gültigen sozialen Normen genießen. Wo soziale Normen Gewalteinsatz gegen bestimmte Gruppen legitimieren, kann es zu einer Reihe eskalierender Gewaltphänomene kommen, von Pogromen über Sezessionskriegen bis hin zum Genozid.

Nicht zuletzt umfasst dieser Typ Gewaltformen, die Peter Waldmann als anomische Gewalt charakterisiert. Ein Beispiel für anomische Gewalt ist Kolumbien, wo Waldmann feststellt, Gewalt sei „zu einem für jedermann verfügbaren und für alle möglichen Zwecke benutzten Durchsetzungsmittel geworden.“ (1997: 141-142) Die kolumbianische Gesellschaft, geprägt durch mehrere Episoden massiver Gewalt im Verlauf des 20. Jahrhunderts, habe sich an die Gewalt angepasst. Gesellschaft und Staat, die „Kontrollmechanismen“ von Gewalt, seien in Kolumbien zu schwach, um die häufig sehr kaltblütig und berechnend eingesetzte Gewalt zu unterbinden (1997: 156)

Abschließend umfasst Typ IV („entgrenzte Gewalt“) Gesellschaften ohne institutionalisierte Gewaltregulierung, wo sowohl die politische Ordnung als auch entsprechende soziale Normen fehlen, um der Gewalt Einhalt zu gebieten. Dies umfasst in erster Linie Bürgerkriege – auch solche, in denen der Staat als Konfliktpartei agiert.

Die Verortung eines Falls in diesem Koordinatensystem ist abhängig von der Analyseebene. Während man Liberia während der 1990er Jahre sicherlich im vierten Quadranten einordnen muss, zeigen die vorgestellten Beispiele von Sawyer, dass sich auf lokaler Ebene durchaus Unterschiede einstellten. Insofern bietet das Koordinatensystem eine Heuristik zum Verständnis und zum Vergleich von Konflikten, nicht aber ein universelles Klassifikationsschema. Dennoch lässt sich eine vorläufige Aussage über den Einfluss der beiden Variablen „politische Ordnung“ und „soziale Normen“ auf Inzidenz und Formen der Gewalt treffen. Es fällt auf, dass Typ I der relativ gewaltärmste ist, gefolgt von Typ II, während die Typen III und IV beide potentiell sehr hohe Gewaltniveaus aufweisen können. Der Unterschied zwischen diesen beiden Typen ist am ehesten in der Form der

Gewaltorganisation zu suchen, die in Typ III stärker verregelt und institutionalisiert, in Typ IV dagegen fluider ist.

#### 4. ZUSAMMENFASSUNG UND IMPLIKATIONEN DER THEORIE

Dieses Papier hat die Frage untersucht, welche Bedingungen für den Ausbruch innerstaatlicher Gewalt notwendig sind. Dazu wurde zunächst ein Überblick über die neuere Literatur aus der Bürgerkriegsforschung gegeben. Diese kann grob in drei Theoriestränge unterteilt werden (irrational, idealistisch, ökonomisch), die bestimmte Motivationen der Handlungsträger als kausale Variable ausmachen. Allerdings gelingt es keiner dieser Theorien, Bürgerkriege in zufrieden stellendem Maße zu erklären. Ihnen allen gemein ist jedoch die mehr oder weniger explizite Annahme, dass bewaffnete Konflikte am ehesten in „gewaltoffenen Räumen“ (Elwert 1997: 86) ausbrechen.

Von dieser Beobachtung ausgehend wurde im Anschluss untersucht, ob die Abwesenheit politischer Ordnung eine ausreichende Erklärung für Gewalt sei. Gegen diese Hypothese sprechen jedoch sowohl theoretische Gründe als auch empirische Daten aus zerfallenen Staaten wie Somalia und Liberia. Diese Beobachtungen zeigen vielmehr, dass menschliche Gemeinschaften unter Bedingungen der Anarchie sowohl kooperieren als auch kämpfen können. Das Fallmaterial ließ die Vermutung zu, dass das Vorhandensein sozialer Normen und Institutionen, die eine gewaltfreie Konfliktregelung nahelegten, der entscheidende Faktor sei, der zwischen Krieg und Frieden entscheide. Diese These fand wiederum Unterstützung in der anthropologischen und soziologischen Gewaltforschung.

Aus der Kombination der beiden Variablen „politische Ordnung“ und „soziale Normen“ wurde ein Koordinatensystem entwickelt, das den Einfluss dieser Faktoren auf die spezifische Form des Gewaltaustrags darstellte. Dabei zeigte sich, dass sich Intensität und Form von Gewalt relativ gut durch die beiden Variablen erklären ließ, wobei soziale Normen einen stärkeren Einfluss auf Gewaltintensität bzw. -häufigkeit zu haben scheinen, während die politische Ordnung eher die Form des Gewaltaustrags beeinflusst. Allerdings muss hier berücksichtigt werden, dass diese Typologie lediglich die strukturellen Rahmenbedingungen erfasst, jedoch keine Aussagen über die individuelle Motivation von Gewalthandeln oder über konkrete Auslöser bewaffneter Konflikte zulässt (Liell 1999: 51). Ihre Einordnungen sind daher bestenfalls probabilistisch, nicht jedoch deterministisch.

Die Erklärung von Gewalt über die politische Ordnung und soziale Normen hat einen gewichtigen normativen Vorteil gegenüber anderen Bürgerkriegstheorien: Da sie auf essentialistische Konzepte zur Erklärung des Gewalthandelns verzichtet, sind Gewaltkonflikte in diesem Verständnis keine unvermeidlichen Auswüchse menschlicher Natur, sondern politische und soziale Prozesse, die durch externe Akteure durchaus positiv beeinflusst werden können. Die Repolitisierung und „Re-Sozialisierung“ von Konflikten verspricht daher nicht nur einen wissenschaftlichen Zugewinn, sondern unterstützt auch politische Positionen, die einen konstruktiven Beitrag externer Akteure zur Beendigung und Beilegung von Konflikten für möglich halten.

Bei all dem ist zu beachten, dass sich der Gehalt und die Effektivität sozialer Normen über die Zeit verändern können. Um dies zu verdeutlichen, ist ein Blick auf das Gewaltproblem in Postkonfliktgesellschaften instruktiv. Dort ist die Rate „krimineller“ und „häuslicher“ Gewalt oft deutlich höher als das Vorkriegsniveau. In Guatemala ist die Todesrate derzeit, d.h. über 10 Jahre nach dem Ende des Bürgerkriegs, sogar höher als während der Endphase des Konflikts (Zinecker 2006). Die Diffusion der Gewalt aus dem politischen Konflikt in die alltägliche soziale Interaktion und die Herausbildung einer „Kultur der Gewalt“ ist jedoch bislang kaum untersucht.

Auch hier könnte die Erklärung im Wandel sozialer Normen begründet liegen. Normen der Gewaltlosigkeit wurden durch den Krieg delegitimiert, Gewaltopfer durch ihre Erfahrung traumatisiert. Auch die Zeit spielt eine Rolle: Dauern Kriege lang an (wie z.B. in Afghanistan) werden ganze Generationen junger Menschen in einem Umfeld sozialisiert, in dem Gewalterfahrungen Teil des Alltagslebens sind. Diesen Generationen erscheinen gewaltfreie Normen wie Relikte aus einer fernen Vergangenheit, die den Anforderungen ihrer Lebenswirklichkeit nicht mehr entsprechen. Daher schreibt Anthony de Jasay zutreffend: „The whole social order has self-enforcing properties that, like muscles, develop with use or atrophy with disuse.“ (1997: 36)

Ein Beispiel für einen derartigen Normwandel bietet Michael Schoierer in seiner Untersuchung von Kriminalität in Nachkriegsdeutschland. Dabei stellt er eingangs fest, dass die Eigentumskriminalität bereits ab 1942/43 zunahm. Dies geschah einerseits, weil sich die Rahmenbedingungen für Diebstahl verbesserten (Verdunkelung, Trümmerlandschaften, Überforderung der Kriminalpolizei), andererseits ein Wandel des Eigentumsbegriffs stattfand, der in der immer stärker unter Mangel leidenden Gesellschaft zunehmend relativiert wurde (Schoierer 2003: 350). In der Nachkriegszeit stieg die Zahl der Eigentumsdelikte weiter an,

was nun auch von einer Zunahme der Gewaltdelikte, insbesondere Raubmord, begleitet wurde. Die Ursachen dieser Kriminalität beschreibt Schoierer wie folgt: „In der desintegrierten Gesellschaft löste sich in einem Kampf um das nackte Überleben die Moral weitgehend auf und machte einem zügellosen Egoismus, verbunden mit einer Gleichgültigkeit gegenüber der Not von Mitmenschen außerhalb der eigenen Familie, Platz. Die niedrige Sanktionswahrscheinlichkeit bei Verstößen gegen Rechtsnormen erklärt sich aus der geschwächten Machtposition der offiziellen Kontrollinstanzen (Polizei, Justiz), welche der stark ansteigenden Kriminalität nicht gewachsen waren.“ (2003: 371) Dieses Beispiel veranschaulicht nicht nur die Relevanz sowohl sozialer Normen als auch politischer Ordnung für ein gewaltfreies Zusammenleben, sondern macht erneut deren gegenseitige Abhängigkeit deutlich. Mit der Konsolidierung der Obrigkeit und der geringeren wirtschaftlichen Not ab 1948 sank die Kriminalität spürbar, was auch zum Wiedererstarken der sozialen Normen beitrug.

Daraus lässt sich wiederum die Hypothese formulieren, dass sowohl Gewalt als auch Frieden sich selbst unterstützende Prozesse sind. Je länger ein Krieg dauert, desto schwerer wird es, die Gewalt wieder aus der Gesellschaft herauszubekommen. Je länger der Frieden dauert, desto schwieriger wird es, neue Gewalt vom Zaun zu brechen. Indem sich soziale Normen langsam an die Umwelt anpassen, machen sie Schritt für Schritt die Rückkehr in den vorherigen Zustand schwieriger.

Dies hat wiederum Auswirkungen auf die Frage, wie dick die Fassade der Zivilisation eigentlich ist, die den Menschen vom Tier trennt. Grundsätzlich ist sie so dick, dass sie nie ganz verloren geht, denn selbst in Situationen extremer Gewalt verliert der Mensch seine Humanität niemals ganz. Damit ist jedoch auch gleichzeitig gesagt, dass die Ausübung und Erfahrung ebendieser Gewalt durchaus Teil der *conditio humana* zu sein scheint (Waldmann 1997: 149). Zu diesem Schluss kommt auch Keeley in seinem Überblick über die anthropologische Literatur, wonach beinahe jede menschliche Gesellschaft auf der Erde Gewalt und Krieg erfahren hat. Gleichzeitig schränkt er jedoch ein: „However frequent, dramatic, and eye-catching, war remains a lesser part of social life.“ (1996: 178) Diese soziale Komponente von Gewalt und Krieg ist jedoch in Forschung und Politik bislang noch nicht ausreichend berücksichtigt worden.

## BIBLIOGRAPHIE

- Abdullah/, Ibrahim; Muana, Patrick (1998): The Revolutionary United Front of Sierra Leone: A revolt of the lumpenproletariat. In: Clapham, Christopher (Hg.): African Guerillas. Oxford: James Currey, 172-193.
- Adams, David A. (1998): *The Thin Veneer of Civilization*: The discovery of a ‚lost‘ essay. *ERBMania*, 5. September 1998. <<http://www.erblast.com/erbmania/nkima/veneer.html>> (31.08.2006)
- Allen, Chris (1999): Warfare, Endemic Violence and State Collapse in Africa. In: Review of African Political Economy 26:81, 367-384.
- Berdal, Mats (2005): Beyond Greed and Grievance - and not too soon... In: Review of International Studies 31:4, 687-698.
- Brock, Ditmar (2006): *Leben in Gesellschaften: Von den Ursprüngen bis zu den alten Hochkulturen*. Wiesbaden: VS.
- Brzoska, Michael (2004): „New Wars“ Discourse in Germany. In: Journal of Peace Research 41:1, 107-117.
- Carment, David; James, Patrick (Hg.) (1997): *Wars in the Midst of Peace: The international politics of ethnic conflict*. Pittsburgh: Pittsburgh University Press.
- Chojnacki, Sven (2006): Anything New or More of the Same? Wars and military interventions in the international system, 1946-2003. In: Global Society 20:1, 25-46.
- Cohen, Dov (2003): The American National Conversation about (Everything but) Shame. In: Social Research 70:4, 1075-1108.
- Collier, Paul; Hoeffler, Anke (1998): On Economic Causes of Civil War. In: Oxford Economic Papers 50:4, 563-573.
- Collier, Paul; Hoeffler, Anke (2001): *Greed and Grievance in Civil War*. Washington D.C.: World Bank Research Paper, Oktober 2001.
- Collier, Paul; Sambanis, Nicholas (Hg.) (2005): *Understanding Civil War: Evidence and analysis*, 2 Bde. Washington D.C.: World Bank.
- Collier, Paul et al. (2003): *Breaking the Conflict Trap*. Washington D.C.: World Bank Policy Research Paper.
- de Jasay, Anthony (1997): *Against Politics: On government, anarchy, and order*. London, New York: Routledge.
- deRouen, Karl B. jr.; Sobek, David (2004): The Dynamics of Civil War Duration and Outcome. In: Journal of Peace Research 41:3, 303-320.
- Dubet, Francois (1997): Die Logik der Jugendgewalt: Das Beispiel der französischen Vorstädte. In: von Trotha, Trutz (Hg.): *Soziologie der Gewalt*. Sonderheft 37/1997 der Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie. Opladen: Westdeutscher Verlag, S. 220-234.
- Eckert, Julia (2004): Gewalt, Meidung und Verfahren: Zur Konflikttheorie Georg Elwerts. In: Eckert, Julia (Hg.): *Anthropologie der Konflikte: Georg Elwerts konflikttheoretische Thesen in der Diskussion*. Bielefeld: Transcript, 7-25.
- Eisner, Manuel (2001): Modernization, Self-Control and Lethal Violence: The long-term dynamics of European homicide rates in theoretical perspective. In: British Journal of Criminology 41:4, 618-638.
- Elbadawi, M.; Sambanis, Nicholas (2002): How Much War Will We See? Explaining the prevalence of civil war. In: Journal of Conflict Resolution 46:3, 307-334.
- Elias, Norbert (1939): *Über den Prozess der Zivilisation: Soziogenetische und psychogenetische Unternehmungen*, 2 Bde. Basel: Haus zum Falken.

- Ellis, Stephen (1999): *The Mask of Anarchy: The destruction of Liberia and the religious dimension of an African civil war*. London: Hurst & Company.
- Elwert, Georg (1997): *Gewaltmärkte: Beobachtungen zur Zweckrationalität der Gewalt*. In: von Trotha, Trutz (Hg.): *Soziologie der Gewalt*. Sonderheft Nr. 37 der Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie. Opladen: Westdeutscher Verlag, 86-101.
- Elwert, Georg (2004): *Anthropologische Perspektiven auf Konflikt*. In: Eckert, Julia (Hg.): *Anthropologie der Konflikte: Georg Elwerts konflikttheoretische Thesen in der Diskussion*. Bielefeld: Transcript, 26-38.
- Enzensberger, Hans M. (1993): *Aussichten auf den Bürgerkrieg*. Frankfurt: Suhrkamp.
- Eppler, Erhard (2002): *Vom Gewaltmonopol zum Gewaltmarkt? Die Privatisierung und Kommerzialisierung von Gewalt*. Frankfurt: Suhrkamp.
- Eriksen, Thomas H. (1995): *Small Places, Large Issues: An introduction to social and cultural anthropology*. London, East Haven: Pluto Press.
- Fearon, James D. (2005): *Primary Commodity Exports and Civil War*. In: *Journal of Conflict Resolution* 49:4, 483-507.
- Fearon, James D.; Laitin, David D. (2003): *Ethnicity, Insurgency, and Civil War*. In: *American Political Science Review*, Vol. 97, No. 1, S. 75-90.
- Foucault, Michel (1991): *Governmentality*. In: Burchell, Graham; Gordon, Colin; Miller, Peter (Hg.): *The Foucault Effect: Studies in governmentality*. London: Harvester Wheatsheaf, 87-104.
- Gurr, Ted R. (1994): *Ethnic Conflict in World Politics*. Boulder: Westview.
- Gutiérrez Rodríguez, Encarnación; Pieper, Marianne (2003): *Einleitung*. In: Gutiérrez Rodríguez, Encarnación; Pieper, Marianne (Hg.): *Gouvernementalität: Ein sozialwissenschaftliches Konzept in Anschluss an Foucault*. Frankfurt: Campus, 7-21.
- Hampton, Jean (1986): *Hobbes and the Social Contract Tradition*. Cambridge: Cambridge University Press.
- Hegre, Håvard et al. (2001): *Towards a Democratic Civil Peace?* In: *American Political Science Review* 95:1, 33-48.
- Heupel, Monika; Zangl, Bernhard (2004): *Von „alten“ und „neuen“ Kriegen – Zum Gestaltwandel kriegerischer Gewalt*. In: *Politische Vierteljahresschrift* 45:3, 346-369.
- Hitzler, Ronald (1999): *Gewalt als Tätigkeit: Vorschläge zu einer handlungstypologischen Begriffsklärung*. In: Neckel, Sighard; Schwab-Trapp, Michael (Hg.): *Ordnungen der Gewalt: Beiträge zu einer politischen Soziologie der Gewalt und des Krieges*. Opladen: Leske + Budrich, 9-20.
- Hobbes, Thomas (1651): *Leviathan or the matter, forme and power of a common-wealth ecclesiasticall and civill*. <<http://en.wikisource.org/wiki/Leviathan>> (29.09.2005)
- Holsti, Kalevi J. (1996): *The State, War and the State of War*. Cambridge: Cambridge University Press.
- Horowitz, David (1985): *Ethnic Groups in Conflict*. Berkeley: University of California Press.
- Ignatieff, Michael (2000): *Die Zivilisierung des Krieges: Ethnische Konflikte, Menschenrechte, Medien*. Hamburg: Rotbuch.
- Jackson, Richard (2001): *The State and Internal Conflict*. In: *Australian Journal of International Affairs* 55:1, 65-81.
- Jackson, Robert H.; Rosberg, Carl G. (1982): *Why Africa's Weak States Persist: The empirical and juridical in statehood*. In: *World Politics* 35:1, 1-24.
- Jean, Francois; Rufin, Jean-Christophe (Hg.) (1999): *Ökonomie der Bürgerkriege*. Hamburg: Hamburger Edition.



- Kaldor, Mary (1999): *New and Old Wars: Organized violence in a global era*. Cambridge: Polity Press.
- Kalyvas, Stathis N. (2001): „New“ and „Old“ Civil Wars: A valid distinction? In: *World Politics* 54:1, 99-118.
- Kaplan, Robert D. (1994): *The Coming Anarchy*. In: *The Atlantic Monthly* 273: 2, 44-76.
- Karstedt, Susanne (2004): Typen der Sozialintegration und Gewalt: Kollektivismus, Individualismus und Sozialkapital. In: Heitmeyer, Wilhelm; Soeffner, Hans-Georg (Hg.): *Gewalt: Entwicklungen, Strukturen, Analyseprobleme*. Frankfurt: Suhrkamp, 269-292.
- Kasfir, Nelson (2004): *Domestic Anarchy, Security Dilemmas, and Violent Predation*. In: Rotberg, Robert I. (Hg.): *When States Fail: Causes and consequences*. Princeton, Oxford: Princeton University Press, 53-76.
- Kaufmann, Chaim (1996): Possible and Impossible Solutions to Ethnic Wars. In: *International Security* 20:4, 136-175.
- Keeley, Lawrence H. (1996): *War Before Civilization*. Oxford: Oxford University Press.
- Keen, David (1998): *The Economic Functions of Violence in Civil Wars*. London: Adelphi Paper Nr. 320.
- Kemp, Walter A. (2004): The Business of Ethnic Conflict. In: *Security Dialogue* 35:1, 43-59.
- Kreijen, Gerard (2004): *State Failure, Sovereignty and Effectiveness: Legal lessons from the decolonization of sub-Saharan Africa*. Leiden, Boston: Martinus Nijhoff.
- Lacina, Bethany (2004): From Side Show to Centre Stage: Civil conflict after the Cold War. In: *Security Dialogue* 35:2, 191-205.
- Lacina, Bethany (2006): Explaining the Severity of Civil Wars. In: *Journal of Conflict Resolution* 50:2, 276-289.
- Lambach, Daniel (2006): *When the Cat's Away: Staat, Anarchie und Ordnung in New Orleans*. Papier präsentiert auf der Nachwuchstagung des SFB 597 „Wandel des Staates – Transformation von Herrschaft?“, Universität Bremen, 31. März – 2. April 2006.
- Liell, Christoph (1999): Der Doppelcharakter von Gewalt: Diskursive Konstruktion und soziale Praxis. In: Neckel, Sighard; Schwab-Trapp, Michael (Hg.): *Ordnungen der Gewalt: Beiträge zu einer politischen Soziologie der Gewalt und des Krieges*. Opladen: Leske + Budrich, 33-54.
- Mallaby, Sebastian (2002): The Reluctant Imperialist: Terrorism, failed states, and the case for American empire. In: *Foreign Affairs* 81:2, 2-7.
- Mehler, Andreas (2003): *Legitime Gewaltoligopole - eine Antwort auf strukturelle Instabilität in Westafrika?* Hamburg: Focus Afrika IAK-Diskussionsbeiträge No. 22.
- Menkhaus, Ken (1998): Somalia: Political order in a stateless society. In: *Current History* 97:619, 220-224.
- Menkhaus, Ken (2004): *Somalia: State Collapse and the Threat of Terrorism*. London: International Institute for Strategic Studies Adelphi Paper No. 364.
- Menkhaus, Ken (2006): Governance Without Government in Somalia: Spoilers, state-building, and the politics of coping. In: *International Security* 31:3, 74-106.
- Mueller, John (2000): On the Banality of „Ethnic War“. In: *International Security* 25:1, 42-70.
- Müller, Timo (2006): *Interpersonale Gewalt und Individualität in der spätmodernen Gegenwartsgesellschaft: Zusammenhänge und figurative Potentiale einer Gewaltreduzierung*. Kassel: Kassel University Press.
- Münkler, Herfried (2002): *Die neuen Kriege*. Bonn: Bundeszentrale für politische Bildung.

- Posen, Barry R. (1993): *The Security Dilemma and Ethnic Conflict*. In: Brown, Michael E. (Hg.): *Ethnic Conflict and International Security*. Princeton: Princeton University Press, 103-124.
- Reno, William (2002): *The Politics of Insurgency in Collapsing States*. In: *Development and Change* 37:5, 837-858.
- Richards, Paul (1996): *Fighting for the Rain Forest: War, youth and resources in Sierra Leone*. Oxford: James Currey.
- Ross, Michael L. (2004): *What Do We Know About Natural Resources and Civil War?* In: *Journal of Peace Research* 41:3, 337-356.
- Rotberg, Robert I. (2004): *The Failure and Collapse of Nation-States: Breakdown, prevention, and repair*. In: Rotberg, Robert I. (Hg.): *When States Fail: Causes and consequences*. Princeton, Oxford: Princeton University Press, 1-49.
- Rufin, Jean-Christophe (1994): *Das Reich und die neuen Barbaren*. Frankfurt: Büchergilde Gutenberg.
- Sambanis, Nicholas (2005): *Using Case Studies to Refine and Expand the Theory of Civil War*. In: Collier, Paul; Sambanis, Nicholas (Hg.): *Understanding Civil War: Evidence and analysis, Band 1: Africa*. Washington D.C.: World Bank, S. 303-334.
- Sawyer, Amos (2005): *Social Capital, Survival Strategies, and their Potential for Post-Conflict Governance in Liberia*. Helsinki: UNU WIDER Research Paper No. 2005/15, April 2005.
- Schläppi, Daniel (2006): *Reziprozität und sanfte Regulierung: Legitimität und Funktionsweise politischer Herrschaft im Raum der frühneuzeitlichen Eidgenossenschaft*. Papier präsentiert auf der Tagung „Legitimität und Funktionsweise politischer Herrschaft im synchronen und diachronen Vergleich“, Köln, 13.-14. Oktober 2006.
- Schlichte, Klaus (2000): *Wer kontrolliert die Gewalt?* In: *Leviathan* 28:2, 161-172.
- Schoierer, Michael (2003): *Demokratisierung und soziale Anomie nach der NS-Diktatur*. In: Waldmann, Peter (Hg.): *Diktatur, Demokratisierung und soziale Anomie*. München: Ernst Vögel, S. 337-385.
- Seipel, Christian; Eifler, Stefanie (2003): *Gelegenheiten, Rational-Choice und Selbstkontrolle: Zur Erklärung abweichenden Handelns in High-Cost- und Low-Cost-Situationen*. In: Oberwittler, Dietrich; Karstedt, Susanne (Hg.): *Soziologie der Kriminalität. Sonderheft No. 43 der Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie*. Wiesbaden: VS, 288-315.
- Sigrist, Christian (1979): *Regulierte Anarchie: Untersuchungen zum Fehlen und zur Entstehung politischer Herrschaft in segmentären Gesellschaften Afrikas*. Frankfurt: Syndikat.
- Snyder, Richard (2006): *Does Lutable Wealth Breed Disorder? A political economy of extraction framework*. In: *Comparative Political Studies* 39:8, 943-968.
- Sorens, Jason; Wantchekon, Leonard (2000): *Social Order without the State: The case of Somalia*. Yale African Studies Working Paper #2, September 2000.
- Straw, Jack (2001): *Order Out of Chaos: The future of Afghanistan*. Speech at the International Institute of Strategic Studies, London, 22. Oktober 2001.
- Tilly, Charles (1985): *War Making and State Making as Organized Crime*. In: Evans, Peter B.; Rueschemeyer, Dietrich; Skocpol, Theda (Hg.): *Bringing the State Back In*. Cambridge: Cambridge University Press, 169-191.
- Trefon, Theodore (Hg.) (2004): *Reinventing Order in the Congo: How people respond to state failure in Kinshasa*. London, New York: Zed.

- Tuastad, Dag (2003): Neo-Orientalism and the New Barbarism Thesis: Aspects of symbolic violence in the Middle East conflict(s). In: *Third World Quarterly* 24:4, 591-599.
- Tull, Denis (2003): A Reconfiguration of Political Order? The state of the state in North Kivu (DR Congo). In: *African Affairs* 102:408, 429-446.
- von Trotha, Trutz (1995): Ordnungsformen der Gewalt oder Aussichten auf das Ende des staatlichen Gewaltmonopols. In: Nedelmann, Birgitta (Hg.): *Politische Institutionen im Wandel. Sonderheft No. 35 der Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie*. Opladen: Westdeutscher Verlag, 129-166.
- von Trotha, Trutz (1999): Formen des Krieges: Zur Typologie kriegerischer Aktionsmacht. In: Neckel, Sighard; Schwab-Trapp, Michael (Hg.): *Ordnungen der Gewalt: Beiträge zu einer politischen Soziologie der Gewalt und des Krieges*. Opladen: Leske + Budrich, 71-95.
- von Trotha, Trutz (2005): Der Aufstieg des Lokalen. In: *Aus Politik und Zeitgeschichte*, No. 28-29/2005 vom 11.7.2005, 32-38.
- Waldmann, Peter (1997): Veralltäglicung von Gewalt: Das Beispiel Kolumbien. In: von Trotha, Trutz (Hg.): *Soziologie der Gewalt. Sonderheft Nr. 37 der Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie*. Opladen: Westdeutscher Verlag, 141-161.
- Weber, Max (1972): *Wirtschaft und Gesellschaft: Grundriss der verstehenden Soziologie*, 5. Auflage. Tübingen: Mohr Siebeck.
- Zinecker, Heidrun (2006): *Gewalt im Frieden: Formen und Ursachen der Nachkriegsgewalt in Guatemala*. Frankfurt: HSFK Report 8/2006.